

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 08. November 2024



In dieser Ausgabe

Ampel-Aus

US-

Präsidentenwahl

Aktuelle Stunde zur
Wirtschafts- und
Energiepolitik

Primärprävention
stärken –
Evidenzbasierte

Gesundheitsversorgung
erhalten

Zukunft des
klimafreundlichen
Verbrennungsmotors

Terminvorschau

»»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

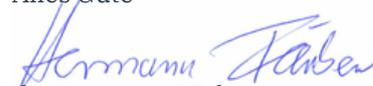
was war der 06. November 2024 für ein Tag? Am Morgen gewinnt Donald Trump die Präsidentschaftswahl in den USA und am Abend platzt die Ampel-Koalition mit einem großen Knall auseinander. Welche tatsächlichen, konkreten Auswirkungen Trumps Wahlsieg auf die deutsche und internationale Politik hat, bleibt abzuwarten. Wie es nun konkret nach dem Ampel-Aus weitergehen wird, ist ebenfalls noch nicht sicher. Zwar hat Bundeskanzler Scholz in seinem ersten Pressestatement angekündigt, dass er plant, die Vertrauensfrage erst am 15. Januar 2025 im Bundestag zu stellen - wir fordern jedoch die Vertrauensfrage schnellstmöglich. Schließlich hat die Regierung keine Mehrheit mehr, weshalb der angekündigte Zeitplan des Kanzlers nicht nachvollziehbar ist.

Noch vor dem Ampel-Zerwürfnis hat die CDU/CSU erneut einen Schwerpunkt auf die Wirtschafts- und Energiepolitik gelegt. Neben unserem Kongress zur Energiepolitik für ein klimaneutrales Industrieland haben wir im Plenum eine Aktuelle Stunde zum Kurs der Bundesregierung in der derzeitigen Wirtschaftskrise initiiert. Unserer Auffassung nach sind Wirtschaft und Energie eng ineinander verzahnt. Es braucht hier einen ausgewogenen Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem.

Mehr als ein Jahr nach dem grausamen Terrorüberfall der Hamas auf Israel hat der Bundestag einen Antrag zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland verabschiedet. Auf den Antrag hatten sich die Ampel-Parteien noch vor dem Auseinanderbrechen mit uns als größter Oppositionsfraktion geeinigt. Wir reagieren damit auf zunehmenden Juden Hass und Antisemitismus auf Deutschlands Straßen.

Mehr zu diesen und weiteren Themen finden Sie im Folgenden oder auf der Seite der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter www.cducsu.de.

Alles Gute


Ihr Hermann Färber

Ampel-Aus



Bildquelle: Canva.

Nach dem Verlauf des Mittwochs war der Bruch der Ampel-Koalition am Abend nicht sonderlich überraschend. Jetzt die Gründe für das Scheitern der rot-grünen Regierung zu analysieren, ist nicht unsere Aufgabe.

Entscheidend ist nun, dass wir zügig und wohl überlegt eine stabile und handlungsfähige Regierung bilden. Dazu muss der Bundeskanzler schnellstmöglich die Vertrauensfrage stellen, um den Weg für eine vorgezogene Bundestagswahl frei zu machen. Die parteitaktische Verlängerung dieser Hängepartie bis voraussichtlich 15. Januar 2025 ist verantwortungslos.

Wir brauchen jetzt schnellstmöglich einen klaren Kurs sowie eine starke und stabile, politische Führung, die verlässliche Entscheidungen trifft, damit die Menschen in unserem Land und auch Unternehmen in der Wirtschaft wieder das Vertrauen in die Politik und deren Handeln finden.

US-Präsidentschaftswahl

Der 47. Präsident der USA heißt Donald Trump. Er hat die erforderliche Mehrheit von 270 Wahlleuten überschritten. Dieser Sieg ist das Ergebnis einer demokratischen Wahl, das in dieser Form anzuerkennen ist. Zum heutigen Zeitpunkt ist es schwer abzuschätzen, ob Trump seine Ankündigungen, sich wirtschaftlich und sicherheitspolitisch wieder stärker auf das eigene Land zu fokussieren, in die Tat umsetzen wird. Je mehr sich die USA mit einem Präsidenten Trump international zurückziehen, desto schwieriger wird es für die transatlantischen Beziehungen zwischen den USA und Europa sowie zwischen den USA und Deutschland.

Die USA waren bisher außerhalb Europas die wichtigsten Verbündeten von Deutschland. Es liegt nun an uns und an der Bundesregierung, selbst stärkere Impulse zu setzen und die transatlantische Beziehung stärker zu gestalten als bisher.

Für unsere Unternehmen, für die die USA vielfach der wichtigste Handelspartner sind, wird es in einer zweiten Amtszeit von Trump wirtschaftlich schwieriger werden. Bereits in seiner ersten Präsidentschaft waren die Handelsbeziehungen kompliziert, wie wir bei der Ausgestaltung des Freihandelsabkommens TTIP erfahren durften. Damals wie heute will Trump auf sämtliche Einfuhren Zölle erheben. Deutsche Produkte würden dadurch im Vergleich zu den amerikanischen teurer. Dieser Wettbewerbsnachteil könnte deutsche Unternehmen dazu verleiten, ihre Standorte - zu Lasten unseres heimischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktes - in die USA zu verlagern, um die Importzölle zu umgehen.

Insgesamt bleibt also abzuwarten, wie Trump mit seinen Wahlversprechen umgeht.



Bildquelle: Canva.

➤➤➤ AKTUELLE STUNDE ZUR WIRTSCHAFTS- UND ENERGIEPOLITIK

Deutschland steckt in der Rezession. Arbeitsplätze gehen verloren. Industrie wandert ab. In dieser Lage bräuchten wir eine handlungsfähige Bundesregierung, die einen Plan hat und Entscheidungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland trifft. Daher setzen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Wirtschafts- und Energiepolitik in dieser Sitzungswoche erneut als Schwerpunkt auf die Tagesordnung.

Bei unserem Fraktionskongress „Die Neue Energie-Agenda: Energiepolitik für ein klimaneutrales Industrieland“ haben wir den Entwurf eines umfangreichen energiepolitischen Positionspapiers vorgestellt. Darin verdeutlichen wir: Deindustrialisierung ist nicht der Weg der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Klimapolitik. Wirtschaft, Energie und Klima sind untrennbar miteinander verbunden. Es muss zudem eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung erreicht werden.



Bildquelle: Canva.



Darüber hinaus haben eine „Aktuelle Stunde“ zum Thema „Kurs der Bundesregierung in der Wirtschaftskrise“ beantragt, um das Gipfelchaos innerhalb der Bundesregierung zu thematisieren und vor allem auch unsere eigenen wirtschaftspolitischen Vorschläge in den Vordergrund zu rücken. Da kein Regierungsmitglied es für nötig hielt, bei der Debatte anwesend zu sein, stellten wir einen Antrag, Wirtschaftsminister Habeck und Finanzminister Lindner herbei zu bitten. Zur Feststellung der Mehrheit kam es sogar zu einem sogenannten „Hammelsprung“.

Ferner werden wir anlässlich des bevorstehenden internationalen Klimaschutzgipfels in Baku vom 11. bis 22. November 2024 einen eigenen Klimaschutzantrag in den Bundestag einbringen. Zu unseren Forderungen zählen ein beschleunigter Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft, die konsequente Anwendung der CO₂-Bepreisung als Leitinstrument und die Rückgabe der hieraus resultierenden Einnahmen an die Bürger und Unternehmen, beispielsweise durch die Absenkung der Stromsteuer und der Netzentgelte.

Unser Ziel ist es, Deutschland als Industrieland zu stärken und bis 2045 klimaneutral zu machen.

Die bereits angesprochene bezahlbare, saubere und sichere Energie ist eine der Grundvoraussetzung für unsere Zukunft als Industrie- und Handelsnation. Das erfordert jedoch eine Verbesserung der Energieeffizienz, den systemdienlichen weiteren Ausbau aller erneuerbaren Energien sowie von steuerbaren Kraftwerken und Speichern. Auch der Aus- und Umbau der Übertragungs- und der Verteilnetze sowie die Errichtung einer Wasserstoff- und einer CO₂-Infrastruktur sind von großer Bedeutung für den Energiestandort Deutschland. Anders werden wir den Weg zum klimaneutralen Industrieland verbunden mit einer gleichzeitigen Stärkung von Mittelstand und Handwerk nicht erfolgreich beschreiten können.

➤➤➤ PRIMÄRPRÄVENTION STÄRKEN – EVIDENZBASIERTE GESUNDHEITSVERSORGUNG ERHALTEN

Herz-Kreislaufkrankungen sind mit 358.000 Sterbefällen im Jahr 2022 die häufigste Todesursache in Deutschland gewesen. Nach Angaben der Deutschen Herzstiftung erfolgten 1.574.352 vollstationäre Krankenhausaufnahmen wegen Herzkrankheiten im Jahr 2022. Fast 217.000 Menschen sterben jedes Jahr an einer Herzkrankheit. Das Risiko für eine Koronare Herzerkrankung oder einen Herzinfarkt sowie andere Erkrankungen kann jedoch durch einen gesunden Lebensstil erheblich verringert werden. Deshalb unterstützt die CDU/CSU mit ihrem Antrag nicht nur den Erhalt der bestehenden Präventionsangebote, sondern setzt uns auch für deren Intensivierung ein.

Gemeinsam mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), den maßgeblichen Verbänden, der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Privaten Krankenversicherung wollen wir das Bewusstsein in der Bevölkerung für gesundheitliche Eigenvorsorge und Prävention weiter stärken.

Parallel zu unserem Antrag debattieren wir den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Stärkung der Herzgesundheit in erster Lesung. Kern des „Herzgesetzes“ ist eine bessere Vorsorge. Krankenkassen sollen ihre Versicherten im Alter von 25, 35 und 50 Jahren zum Herz-Check einladen. Die Vorsorge sollen auch Apotheker machen dürfen. Der Entwurf basiert auf einem Impulspapier zur besseren Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, das Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach bereits im September 2023 publik gemacht hat. Krankenkassen sollen überdies verpflichtet werden, ihren Versicherten strukturierte Behandlungsprogramme (Disease-Management-Programme, DMP) anzubieten. Mit dem Entwurf will die Bundesregierung Schlaganfälle und Herzinfarkte in Deutschland reduzieren. Das Ziel wird von unserer Fraktion unterstützt. Allerdings sehen wir in der Art und Weise der Bekämpfung als „Staatsmedizin“ mit fragwürdiger Evidenz an und machen mit unserem 12-Punkte-Antrag einen Gegenvorschlag, der nicht nur von den Präventionsverbänden, sondern auch von den Krankenkassen unterstützt wird.

ZUKUNFT DES KLIMAFREUNDLICHEN VERBRENNUNGSMOTORS <<<

Mit unserem Antrag „Technologieoffener Klimaschutz im Straßenverkehr – Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors“ fordern wir die Bundesregierung auf, die Zukunft des klimafreundlichen Verbrennungsmotors in Deutschland dauerhaft und ohne Enddatum zu sichern sowie diesen zu einer breit anwendbaren Dekarbonisierungsoption für den Verkehrsbereich weiterzuentwickeln. Es braucht eine gute und bezahlbare klimafreundliche Mobilität im Bereich der Individualmobilität und im Bereich des Güterverkehrs per Lkw. Daher muss bei der Gestaltung der Mobilität der Zukunft im Personen- und im Güterverkehr ein technologieoffener Ansatz verfolgt werden.



Bildquelle: Canva.

Für die CDU/CSU bedeutet das konkret: Die klimafreundlichen Kraftstoffe zum Betrieb von „E-Fuels-Only“-Fahrzeugen sollten nicht bereits ab 2035 die Vorgabe einer 100-prozentigen CO₂-Emissionsreduktion über die gesamte Produktionskette im Vergleich zu fossilen Kraftstoffen erfüllen müssen. Vielmehr sollte zunächst die bereits geltende Nachhaltigkeitsvorgabe der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie der EU greifen. Außerdem müssen die Maßstäbe zur Beurteilung klimafreundlicher Kraftstoffe und alternativer Antriebssysteme vergleichbar angelegt werden - vor allem im Vergleich zu batterieelektrischen Fahrzeugen und Fahrzeugen mit Brennstoffzelle

»»» TERMINVORSCHAU

09. November 2024:

Besuch der Bildungsmesse des Landkreises Göppingen.

11. - 15. November 2024:

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süssen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de